

Graphische Stimmen

Organ des

Zentral-Verbandes christl. Arbeiter u. Arbeiterinnen
für das graph. Gewerbe.

Erscheint
alle 14 Tage.
Abonnementspreis
1 Mark
vierteljährlich.
Für die Mitglieder
durch die
Zahlstellen gratis.

Anzeigenpreis:
die 4gesp. Petitzeile
20 Pf.
Für Mitglieder u. in
Verbandsangelegen-
heiten 10 Pf.
Für Postbezug:
Postamt
Köln-Chrensfeld.

2. Jahrgang.
Nr. 2.

Redaktion und Verlag: Köln-Chrensfeld, Eichendorffstr. 70.

20. Jan. 1906.

Zur Beachtung!

Es wird von gewisser Seite im Geheimen gegen unseren Verband intriguiert und gemißt. Wir bitten nun alle Kollegen, sowie alle, die Gefühl haben für Recht und Billigkeit, alle die Fälle, wo man versucht, durch Verbreitung der Broschüre „Eine Taktik wie sie nicht sein soll“ und ähnlichen Tricks uns zu schaden, soweit sie zur Kenntnis gelangen, uns mitzuteilen. Wir werden dann den betreffenden Stellen auch unser Material zur Verfügung stellen, damit keine einseitigen Urteile gefällt werden und diese Maulwurfsarbeit in das rechte Licht gerückt wird.

Der Zentralvorstand.
L. A.: J. Pillen.

Koalitionsfreiheit der Arbeiter u. Arbeitgeberpraktiken.

Es klingt wie bitterer Hohn, wenn man auf der einen Seite von Koalitionsrecht und Koalitionsfreiheit liest und hört und tagtäglich aber die Erfahrung aus der Praxis macht, wie und auf welche Weise man andererseits den deutschen Arbeiter Koalitionsrecht und Koalitionsfreiheit zu umgehen und zu verkümmern sucht.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist das Recht derselben, sich mit ihren Standesgenossen zusammenzutun, zu vereinigen, (koalieren) zu bestimmten Zwecken, z. B. um sich eine bessere Lebenslage, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Dieses Recht begründet sich zunächst, wie uns bekannt ist, auf das Naturrecht des Menschen, denn letzterer ist veranlagt zur gesellschaftlichen Betätigung und hat von Natur aus das Bedürfnis sich Verbindung mit Gleichgesinnten zu suchen.

Wenn nun auch unsere modernen Staaten, lange Zeit durch sog. Koalitionsverbote die Koalitionsfreiheit der Arbeiter unterdrückt haben, so kam man schließlich doch wieder zu Erkenntnis, daß solche Verbote für die Dauer unhaltbar sind. Und so fiel denn auch das Koalitionsverbot in England in den Jahren 1824, in Frankreich 1864—1884 und in Deutschland besteht die Koalitionsfreiheit der gewerbl. Arbeiter seit dem Jahre 1869. Wohl bestehen noch da und dort verschiedene Mängel in der Gesetzgebung, aber es muß doch anerkannt werden, daß abgesehen von den bereits in Aussicht genommenen Erweiterungen in der Gesetzgebung in Bezug auf die Koalitionsfreiheit) daß eine Reihe von Bestimmungen in der Gewerbeordnung sowohl, als im bürgerl. Gesetzbuch bestehen, welche uns in verschiedenen Fällen, Schutz gegen willkürliche Beschränkung in der prakt. Betätigung gewähren. So sind z. B. nach § 138 d. b. G.-B. alle Ver-

einbarungen welche gegen die guten Sitten verstoßen, ungültig. Es ist auch ausdrücklich bei Beratung des bürgerl. Gesetzbuches im Reichstag anerkannt worden, daß getroffene Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, welche das Vereinigungsrecht des Arbeiters zu beschränken oder zu vereiteln suchen, insbesondere also Vereinbarungen, durch welche von Arbeitgebern, Arbeitern die Verpflichtung auferlegt wird, bestimmten politischen oder gewerkschaftlichen Vereinigungen nicht anzugehören, oder aus denselben auszutreten ungültig sind, weil sie gegen die guten Sitten verstoßen. Doch was tun gewisse Herrn Arbeitgeber? So ist uns ein Fall, der sich erst vor wenigen Wochen abspielte bekannt: z. B. in einer größeren Verlagssfirma am Niederrhein, da ließ man wegen irgend einer Angelegenheit seine Arbeiter antreten, (nach 1/2, 12 Uhr) las denselben irgend welches —? gegen den Verband gerichtete Schreiben vor, mit dem Bemerkten, man wolle nur mal sehen, — wer für und wer gegen den Chef sei (—?) aber bis 12 Uhr muß derselbe unterschrieben sein. (von 60—70 Mann, in kaum 20 Minuten. —) Verschiedene dieser Arbeiter erklärten uns, daß sie in der Eile nicht nur den Inhalt der Schriftstücke nicht kapiereten, sie konnten auch einer solchen Begründung gegenüber nicht ausweichen die Unterschrift zu betätigen, ohne sich der Gefahr auszuweichen, gemahngelt zu werden. Mit einem solchen Schriftstück ging nun der betr. Arbeitgeber hausieren, um zu beweisen, daß seine Arbeiter „nichts von den Hezereien des Verbandes wissen wollen,“ trotzdem wir in der Lage sind, ein Schriftstück einer großen Anzahl derselben Arbeiter mit deren Unterschriften aufzuweisen, welches gerade das Gegenteil von ersterem besagt nur mit dem Unterschied, daß das letztere ganz freiwillig unterzeichnet ist. —

Ein anderes Beispiel: In einer Papierfabrik Westfalens wurde aus irgend welchem Grunde einem äußerst tüchtigen, fleißigen und ruhigen Arbeiter gekündigt. Als seine Zeit abgelaufen war, hat derselbe, man möge ihn doch weiter beschäftigen; man bewilligte ihm ganz gerne diese Bitte wenn er unterschreibe. Man legte ihm einen Zettel vor, worauf sein Ausritt aus dem Verband geschrieben stand.) Er unterschrieb. Er arbeitete weiter, allein man verlangte von ihm den Nachweis, daß er wirklich ausgetreten sei. Er sollte einen Brief schreiben, den man selbst (von der Firma aus) an den Zentralvorstand unseres Verbandes senden wolle. Als aber der betr. Kollege erklärte, er trete nicht aus dem Verbands, so mußte er, obwohl er schon wieder 8 Tage gearbeitet hatte, die Arbeit wieder verlassen.

Zur Illustration 2 Gegenstücke. Zu Beispiel 1. Derselbe Arbeitgeber hat sein Ehrenwort gegeben, daß er innerhalb einer gewissen Zeit bestimmte Lohnsätze einhalten wolle. (Schriftl. Vertrag hat er verweigert?) als man aber nichts Böses ahnend, zur Vorsicht die Abmachung in der Verbandspresse veröffentlichte, da war auch schon der Teufel los, da griff man zu allerlei Mitteln und bezeichnete den betreffenden Arbeiter-

vertreter als wortbrüchig, (weil er „entgegen der Abmachung“ die Sache zur Vorsicht den Mitgliedern unterbreitete und so den Herrn Arbeitgeber moralisch zwang, sein Wort zu halten) bei dem sich nun entpinnenden Kampfe der noch weitere Dinge nach sich zog, bot man alles auf, um dem bösen Verband eins zu versehen; man machte eine riesige Aktion daraus, die mit Problosmachung der Vertrauensmänner endigte.

Zu Beispiel 2. An dem betr. Orte war Ausstand. Es wurden den Arbeitern verschiedene Zugeständnisse gemacht. Als man hierüber berichtete in der Öffentlichkeit, sandte man unserm Zentralvorstand eine Schrift, in welcher man die Anerkennung des Verbandes wieder wegleugnete und welche folgenden interessanten Satz enthält:

„Es wird ferner konstatiert usw., daß die betreffenden Entschlüsse unter dem Druck der Verhältnisse und deshalb unverbindlich gefaßt sind.“

Und nun die Konsequenzen: Naturrecht, Christentum und Staat geben dem Arbeiter das Recht, sich zur Vertretung seiner Interessen zu koalieren. Der Arbeitgeber schredt vor keinem Mittel zurück dieses Recht dem Arbeiter zu verkümmern. Nicht Treue, nicht Fleiß, nicht Geschicklichkeit und sittliches Verhalten ist dem Arbeitgeber maßgebend für die Beschäftigung seines Arbeiters. Jeder Gauner, Zucht- häusler, Schnapslump (nachweisbar), ist ihm gut genug; nur darf er nicht Mitglied eines Verbandes sein.

Der Arbeiter, der gemungen ist, unter den bedrängtesten Verhältnissen unter schwerstem Druck irgendwelchen, selbst den unsinnigsten Vertrag einzugehen, ist wenn er denselben, den er wirklich unter dem Druck der Verhältnisse geschlossen hat, bricht, kontraktbrüchig.

Der Arbeitgeber der sein Ehrenwort gibt, der schriftliche Zugeständnisse macht, erklärt einfach: „Das ist unter dem Druck der Verhältnisse geschwehen und deshalb unverbindlich.“

Wo soll hier Treue und Glaube, wo Achtung vor Autorität noch hochgehalten werden, wenn der eine, weil frei und offen, als wortbrüchig und Lügner gebrandmarkt werden darf. Der Andere aber, weil mit Titteln und Ehren geschmückt, es besser versteht, Worte zu dreheln und anders zu deuten, als unantastbar und hochgehalten gelten soll.

Und dann fragt man sich noch angesichts solcher trauriger Tatsachen wie es kommt, daß jährlich tausende der Sozialdemokratie in den Machen getrieben werden.

Hilf dir selbst, so hilfst dir Gott. Sind wir einig christliche Arbeitkollegen, lassen wir uns nicht irre machen von derartigen Machinationen. Achten wir besonders nicht auf solche, die uns schmeicheln. Gebrauchen wir unser Koalitionsrecht und suchen wir durch Stärkung unserer christlichen Organisationen immer mehr Einfluß auf die soziale Gesetzgebung zu gewinnen, damit unser Koalitionsrecht immer mehr erweitert und unsere Koalitionsfreiheit uns nicht durch Ränke und Kniffe verkümmert werde.

Die „Neutralität“ innerhalb des deutsch. Buchdruckerverbandes.

Zu diesem Punkte brachte die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung vom 6. Januar d. J. eine sehr bemerkenswerte Aufsicht, welche verdient in weiten Kreisen der christlich organisierten Arbeiterschaft bekannt zu werden.

„In der Nr. 62 der „Westd. Arbztg.“ vom 30. Dez. 1906 findet sich eine Auslassung, die eine Empfehlung des „freien“ Buchdrucker-Verbandes darstellt. Angeht es verschiedene Vorgänge der letzten Zeit und der Gesamttätigkeit der soziald. Gewerkschaften und ihrer Ortsstellen muß eine solche Empfehlung einigermaßen befremden.“

1. Zeigt der Buchdruckerverband wenig Lust, sich von den soziald. Gewerkschaften zu trennen, denn von der Bismarck'schen Erklärung in Köln, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins seien, waren auch die Buchdrucker nicht ausgenommen.

2. Hat der Buchdruckerverband in letzter Zeit verschiedene Mitglieder ausgeschlossen, weil sie entweder in der christlichen Gewerkschaftsbewegung oder in katholischen Arbeitervereinen tätig waren.

3. Werden von mehreren Ortsgruppen Beiträge zu sozialdem. Versammlungen — sogen. Gewerkschaftshäusern gezahlt.

4. Wurde noch bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Elberfeld von Vorstand den Mitgliedern des Ortsvereins des Buchdruckerverbandes in einem Flugblatt die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten Weimh und Illenbaum empfohlen.

5. Sind besonders hier im Wuppertal von den soziald. Gewerkschaftsstellen (wozu auch die „freien“ Buchdrucker gehören) manches im Interesse der sozialdem. Weltanschauung unternommen, was die Partei nicht tun kann oder mag. Es werden auch sog. wissenschaftl. Vorträge arrangiert, die „fr. W.“ empfohlen u. a. m.

6. Dürfte es auch nicht unbekannt sein, daß sich die christl. Arbeiter hier selbst auch an den Ortskassen-Listen- und Gewerkschaftswahlen beteiligen. Sollen die christl. Buchdrucker da mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen?

Die hohen Mitgliederzahlen des „freien“ Buchdruckerverbandes allein dürfen keinen Grund abgeben, daß sich die Angehörigen des gewerblichen, Gewerkschaftlich organisierten sollen. Oder sollen schließlich die christl. Buchdrucker wie die stummen Vämmer zusehen, wie ihre christl. Kollegen aus anderen Berufen mit den gemeinsten Mitteln (wie es bei der letzten Ortskassenwahl in Wannen wieder der Fall war) belumpft werden? Schließlich sei noch erwähnt, daß in den Ortsgruppen Elberfeld und Wannen sowohl wie in anderen Städten schon eine Anzahl Buchdrucker christlich organisiert sind und bleiben, weil sie der Ueberzeugung sind, daß ihr Platz in der christl. Arbeiterbewegung ist. — Mag auch der „Korrespondent“ Redakteur für die Neutralität eintreten, die sozialdemokratischen Ortsvorstände und Bezirksvorsteher handeln nach ihrem Belieben.“

In seinem Begleiterscheiben bittet der Verfasser um unentgeltliche Wiedergabe (was im obigen gefahren ist) da unbedingt einmal Klarheit über die Situation geschaffen werden müsse. Die „Westd. Arb.-Ztg.“ hat, als Bewürdigerin einer einseitigen neutralen deutschen Gewerkschaftsbewegung sich trennend, von jeder an der Aufrechterhaltung festgehalten, daß in dem deutschen Buchdruckerverband die Grundlage zur Organisation aller Gewerkschaften gegeben sei. Mehr als das. Sie kann von sich sagen, eine energische Förderin des deutschen Buchdruckerverbandes und seiner großen Ergründungsgeschichte, der Tarifgemeinschaft, gewesen und geblieben zu sein. Zwar verhehlen wir uns nicht, daß mit dem Wachsen der Sozialdemokratie und ihres Einflusses auf die Arbeiterbewegung, die einseitigen Richtlinien des Verbandes von den örtlichen Verwaltungsstellen nicht mehr festgehalten, immer mehr in der Richtung einer ideellen und praktischen Koalition mit der Sozialdemokratie verschoben wurden. Wir haben öfters auf diese Erscheinung, die ja übrigens auch im „Korrespondent“ ihren Ausdruck fand, hingewiesen. Anders der Einfluß eines Adhärenz- und Rezipienten und das Verantwortungsgefühl in Mitgliederkreisen (sich zeigen und stark genug zu sein, den wachsenden Radikalismus zurückzudrängen. Speziell hoffen wir auf eine energische

Rückblick und Ausblick.

Zu den ereignisreichsten wird im Auge der Jahre das Jahr Neunzehnhundertundfünf zählen. Sahen wir auf der Wippe des Welttheaters durch das blutige Kriegsdrama auf den mandichurischen Feldern fern im Osten und durch die Revolution in Rußland den politischen Frieden gebrochen, so erlebten wir im eigenen Vaterlande vor allem eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Kämpfe, die in dieser Zahl und diesem Umfang bisher unerreicht war. Wenn nun auch nicht jeder Kampf zu verurteilen ist, da er immer wieder den Frieden gebietet, so ist er doch vielfach von so heftigen Erschütterungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens begleitet, daß die mögliche Verhütung bzw. Milderung des sozialen Kampfes zur lebhaftesten Sorge des Sozialpolitikers wird. Und angesichts des Jahres Neunzehnhundertundfünf ist diese Sorge besonders am Platz.

Ein Blick in die Presse des Unternehmertums zeigt, daß daselbst mit dem Jahre Neunzehnhundertundfünf als einem solchen lebhafter industrieller Betätigung und wirtschaftlicher Blüte im allgemeinen recht zufrieden gewesen ist. In fast allen Industriezweigen hat rege und gewinnbringende Arbeit geherrscht. Die Preise für Rohstoffe, Halbfabrikate und fertige Erzeugnisse sind fast in allen Branchen unumgesetzt gestiegen und haben noch gegen Ende des Jahres für einzelne Produkte eine lange nicht mehr gekannte Höhe erreicht. Das dabei vor allem auch deutscher Unternehmertum und fleißige Arbeit mit-

gegenbewegung der nicht sozialdemokratischen Elemente innerhalb der Verbandsmittelglieder. Alle diese Hoffnungen haben sich im Laufe der Zeit nur zum geringen Teil erfüllt. Die vom „Korrespondent“ eingehaltenen Richtlinien werden von den örtlichen Verwaltungsstellen längst nicht mehr respektiert. Und so kommt es, daß wir heute mit unserer Auffassung über den Buchdruckerverband bei unseren eigenen Gefinnungsgenossen Widerspruch finden. Es beruht in weiten Kreisen über die Weiterentwicklung im deutschen Buchdruckerverband eine pessimistische Stimmung vor. Der objektive Beobachter kommt daran nicht vorbei. Es man in Kreisen der Verbandleitung sich dessen bewußt ist, und wenn ja, ob man gewillt ist und die Kraft hat, Konsequenzen zu ziehen und durchzuführen, davon meinen wir, hängt viel für die Zukunft der Organisation im deutschen Buchdruckerhandwerk ab.

Somit die „Westdeutsche Arbeiterzeitung.“

Hierzu wird uns folgendes geschrieben:

Die hier aufgezählten Tatsachen kommen nicht allein im Wuppertal vor, sondern sind auch aus Köln, Essen und aus der Pfalz nachweisbar. Besonders charakteristisch ist der nachstehende Vorgang in Köln: Nachdem ein Kollege K. der sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen worden, glaubte man von Seiten der sozialdemokratisch gesinnten Verbandsmittelglieder, jetzt alles aufzubieten, die Buchdrucker ins rote Fahrwasser zu bringen.

In der Monatsversammlung vom 1. April 1906 stand auf der Tagesordnung: „Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des wöchentlichen Ortsbeitrages um 5 Pfg. zu Gunsten des Gewerkschaftshauses.“ Man war zuerst versucht, an einen Aprilscherz zu denken, aber wir sollten bald eines andern belehrt werden. Zu dieser Versammlung hatte man den Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses als Referenten bestellt. Er führte etwa folgendes aus: „Das bisherige Gewerkschaftshaus (richtig muß es heißen: Vereinshaus des Kölner sozialdemokratischen Vereins) D. B. genügt den Ansprüchen nicht mehr; man habe sich deshalb entschlossen, einen Neubau herzustellen. Sämtliche „freie“ Gewerkschaften hätten beschlossen, ihren Verbandsbeitrag zugunsten des Gewerkschaftshauses zu erhöhen und den Weitertrag dem „freien“ Gewerkschaftshaus zu übermitteln. Da ja während der Bauzeit keine Einnahmen vorhanden seien, aber doch die Zinsen für das Baupapier aufgebracht werden müßten, so wende er sich auch an die Mitglieder der Arbeiter um eine Beihilfe. Der damalige Vorsitzende des Kölner Ortsvereins des Buchdrucker-Verbandes, glaubte wohl, daß es nur noch eines kurzen Wortes seinerseits bedürfte, um die Mitglieder zu bewegen, zu dem Ratte. Ja und Amen zu sagen. Dies war aber nicht der Fall. Ein Kollege wies nach, daß gemäß § 4 des Statuts die Neutralität des Verbandes festgelegt sei (jedoch nur auf dem Papier. D. A.), und ein wirklich „neutral“ sein wolle der Verband als solcher gar nichts mit dem „freien“ Gewerkschaftshaus zu schaffen habe. Auch sei es ja nur ein Aushängeschild, da das Grundstück nebst dem alten Gebäude vom sozialdemokratischen Kollege K., der Antikolonne A. D. M. ausgab, erworben worden sei mit der ausgesprochenen Absicht, ein Vereinshaus zu bauen, da der sozialdemokratische Verein sich sonst nicht gut entwickeln könne. Der Kollege beantragte die Ablehnung des Vorstandes. Ein und alle Kollegen äußerten sich dahin, daß, da ja im Buchdruckerhandwerk alle religiösen Gruppen auf Grund des Neutralitätssprinzips vertreten seien, der Vorstand länger getan hätte, für eine „freiwillige Ertragssteuer“ einzutreten, da man es doch keinem Verbandsmittelgliede, das auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehe, zumuten könne, einen Beitrag zugunsten eines sozialdemokratischen Vereinshauses bzw. „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaftshauses zu zahlen.“

Es wurde von einigen sozialdemokratisch gesinnten Mitgliedern offen erklärt, auf das Wort „Neutral“ doch nur ruhig zu verzichten, denn „neutral“ und „frei“ sei in der Praxis doch gleich. Des fernern ergingen sich mehrere sozialdemokratisch gesinnte Kollegen in den größten Beschuldigungen gegen Andersdenkende. Ausdrücke wie: „Schwarze Bande“, „Jontumsblutegel“, „Naplanstittel“ und dergleichen Gemeinplätze waren noch wohlfeiler wie Brombeeren.

Daß trotz dem Hinweis, wenn diese Beitragserhöhung zugunsten des „freien“ Gewerkschaftshauses gebilligt werde, es eine logische Folgerung sei, kann auch bei evtl. Anträgen seitens der Hirsch-Dunderschen oder der christl.

geholfen haben, soll gerne festgestellt werden. Auch in den Kreisen der Arbeiter ist fast, was den Grad der Beschäftigung anbelangt, recht zufrieden. Und trotzdem, so werden die meisten wohl fragen, so viele und so heftige Wirtschaftskämpfe? Nicht trotzdem, so muß die Antwort lauten, sondern eben deswegen. Es ist eine, man darf wohl fast sagen, volkswirtschaftliche Erfahrungstatsache, daß in Zeiten industrieller Prosperität, solange nicht durch ein enges Netz langfristiger Tarifverträge die industrielle Ruhe gesichert ist, die zahl- und umfangreichsten Lohnkämpfe fallen. Das Bestreben der Arbeiter wird immer dahin gerichtet, ihre Lebenshaltung verhältnismäßig mit derjenigen anderer Bevölkerungsklassen in Einklang zu bringen und das erst recht, wenn, wie in diesem Jahre, einer Wölfe der Industrie vielfach gegen früher unglücklichere Lebensverhältnisse gegenüberstehen, eine Tatsache, die durch die freiwillige Gewährung von Teuerungszulagen wohl am besten gegeben wird. Und die Lohnkämpfe müssen schärfer werden, wenn, so lange immer wieder die Friedensinstrumente der Tarifverträge fehlen, die Waffen sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer in ihren Organisationen zunehmen. Wenn zu diesen mehr natürlichen Momenten ein von der sozialdemokratischen Partei geführter Radikalismus und andererseits auf Seite der Arbeitgeber eine, den modernen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechende Starrköpfigkeit hinzutritt, wie dies am deutlichsten im Bergarbeiterstreik sich offenbarte, so haben wir den wesentlichsten Komplex der Differenzpunkte, aus denen Lohnbewegungen entstehen.

Lassen wir unter diesen Gesichtspunkten die Haupt-

Gewerkschaften, der „neutrale“ Verband dann das Gleich tun müßte, der Antrag eine Mehrheit fand, ist nach dem Vorstehenden begrifflich, und zwar insofern, als der Beweis erbracht wurde, daß man keine wahre Neutralität will. Es ist ja gelungen, daß der von der Minorität erhobene Protest gegen diesen Beschluß seitens des Vorstandes des Zentral-Vorstandes auf Grund dessen, daß der Beitrag für Zwede die nicht direkt zu Verbandsinteressen dienen nicht erhöht werden darf anerkannt und der Beschluß der Verammlung aufgehoben wurde. Zwar bedauerten beide — Wann- und Zentralvorstand — daß es möglich sei, innerhalb eines Ortsvereins für derartige Zwecke nichts zu open.“

Es zeigt dieser Vorgang deutlich, daß man in dem „neutralen“ Buchdrucker-Verbande ebenso wenig seine eigene Meinung und Ueberzeugung zum Ausdruck bringen darf — es sei denn man stände auf sozialdemokratischem Boden, wie in der Partei für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die Kollegen, welche nicht ins rote Fahrwasser, nachdenkender werden und gegebenenfalls lieber die Konsequenzen ziehen, als sich derart terrorisieren lassen.

Auf weitere Vorgänge in einer Versammlung seitens eines Kollegen, kurz vor der Stadttratswahl, will ich heute nicht eingehen. Offensichtlich findet sich bald eine passende Gelegenheit dazu. Mögen doch alle auf christl. Weltanschauung stehende Kollegen solche Vorgänge beachten und daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Sch.-C.

Hundschau.

Die Verbandsbibliothek der sozialen Geschäfte. Für das evangelische Deutschland, Berlin N. 31, Verbandsbibliothek 1. part. stellt Vereinen und Einzelnen zu Vorträgen teilweise Material zur Verfügung (Beihgebühr für Drucksendung 50 Pfg., für Postsendung 1 Mt.) über folgende soziale Fragen: Die christliche Gewerkschaftsbewegung, die Frauenbewegung, die evangelische Arbeiterbewegung, Bauernstand und Landarbeiterbewegung, Arbeitskammern, Konsumvereine, christlich-soziale Partei, Abstinenzbewegung. Auch Literatur zu Volkserhaltungsgesellschaften, Arbeiterjugend und Wohlfahrt, Volksbureau und Arbeitersekretariate, katholische Arbeiterbewegung, Arbeitslosenfürsorge, Die Presse, Gemeinlichkeitsbewegung, Die Massenvereine, Das Genossenschaftswesen, Soziale Rechtsfragen, Die Wohnungsfrage, Die Bodenreform, Der Deutsche Arbeiterkongress, Die Sozialdemokratie und ihre Gegner, Sozialpolitik, Die Sozialgeschichte, Bergarbeiterbewegung, Die Evangelischen Arbeitervereine, Die Sittlichkeitsbewegung, Die Jünger Mission, Die kirchlich-sozialen Aufgaben, Die Arbeitervereinerklärung, Die Jünglingsvereine.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter hat im abgelaufenen Wirtschaftsjahr an Mitgliederzahl stark zugenommen, indem er mit 27000 Mitgliedern in das neue Jahr trat. Anfang 1906 zählte er 20000 Mitglieder. Der Verband hat jetzt eine Jahresbruttoeinnahme von 350000 Mt., sein Organ erscheint wöchentlich, heißt unter dem Titel „Textilarbeiter“; die erste Nummer wurde in 32000 Exemplaren verandt.

Wahlen. Die städtische Verwaltung unterbreitete der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, den gering besoldeten städtischen Beamten und Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Beamte mit einem Gehalt bis zu 1800 Mt. sollen ein halbes Monatsgehalt, den seit dem 1. Oktober in Dienst stehenden Arbeitern der Lohn einer Lohnperiode, den seit längerer Zeit bei der Stadt beschäftigten Arbeitern der Lohn zweier Perioden ausgezahlt werden. Die dadurch der Stadtkasse entstehende Mehraufwendung von 30000 Mt. soll aus früheren Ueberflüssen gedeckt werden.

Wirtschaftswoche. Stand am 1. Jan. zehn Jahre an der Spitze des „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes“. In diesem Zeitraum hat er ein erstaunliches Benutzen sozialer Arbeit zugunsten der Lage des deutschen Handlungsgehilfenstandes geleistet. Unter ihm wuchs der Verband von 570 Mitgliedern zur stärksten Berufsorganisation der Handlungsgehilfen in der ganzen Welt, denn er umfaßt jetzt nahezu 75000 Mitglieder. Bei solch glänzenden Erfolgen kann man es der „Deutschen

berogungen des abgelaufenen Jahres kurz Review passieren. Im Bergarbeiterstreik war weniger die Lohnfrage, als das seit Jahren getränkte Persönlichkeitsgefühl der Bergarbeiter, sowie die prozig abweisende Behandlung der Bergleute durch die Besitzherren der Zinn- zur Explosion. Der Kampf im rheinisch-westfälischen Brauergewerbe beruhte zum Teil auf einer umfangreichen partiellen Aussperrung seitens der Unternehmer, zum Teil auf dem Angriff der Arbeiter. Sein Ergebnis war eine Einigung der Parteien. Der neue Generalarbitr mit einer geregelten Arbeitsweise, der neue Generalarbitr mit sämtlichen Unternehmern, nicht einer Stadt, sondern zweier Provinzen bedeutet den Frieden. Der zwiespältige Ausgang des Kampfes in der Berliner Elektrizitätsindustrie, die Niederlage der thüringischen Textilarbeiter in Greiz-Gera waren teilweise Folgen mangelnder gewerkschaftlicher Disziplin und der Heberhöhung der eigenen Kraft. Kechnlich bei der Lohnbewegung in der bayerischen Metallindustrie. In letzterer Beziehung ist recht typisch die Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie; hier ergab sich die Ungehörigkeit, daß etwa 500 freilebende Schraubendreher und Lagerarbeiter in ihren Versammlungen darüber abstimmen, ob eine die ganze Metallindustrie umfassende Arbeitsschneide, von der mehr als 60000 Arbeiter betroffen worden wären, eintreten oder nicht eintreten sollte. Gerade bei den letztgenannten Bewegungen offenbarten sich auch die Schwächen der auf politische Gesichtspunkte spekulierenden sozialdemokratischen Reueinflüsse für die Sache der Arbeiter, wenn auch andererseits hier wieder die ablehnende Organisation der Großunternehmer in die Erscheinung

Handelsmacht, dem Verbandsorgan der Deutsch-Nationalen nicht verdanken, wenn sie ihrem Führer einen begeisterten Artikel widmet. Darin heißt es:

„Deshalb hielt man es allgemein nicht für möglich, daß sich die deutsche Handlungsbewegung über die alten Verbände hinaus zu entwickeln vermöchte. Man glaubte, die Welt sei weggelassen! Unerschütterliche Lieberzeugung von der Notwendigkeit unserer Bewegung und ein starker Glaube an den Sieg des deutsch-nationalen Bewusstseins gehörten dazu, um unter diesen Umständen die bisherige kaufmännische Laufbahn abzubrechen und mit 570 Anhängern in unsere Bewegung einzufpringen.“

„Zehn Jahre der gemeinsamen Arbeit liegen seit jenem Tage hinter uns. Gewiß niemand von den Mitbegründern unserer Bewegung, aber wohl auch niemand von denen, die im Laufe dieser zehn Jahre an Schicksals Seite aufgewachsen und in die Ständes- und Verbandsarbeit hineingewachsen sind, möchte aus den Erinnerungen seines Lebens all die Erlebnisse mißsen, die mit der ersten Sturm- und Drangperiode unserer Bewegung verknüpft sind. Ja, wir haben etwas erlebt! Und besonders das letzte Jahr war ein Jahr der Freude. 56 136 Mitglieder zählte der Verband vor Jahresfrist. Bis zur jährlichen Wiederkehr des Tages, an dem Wilhelm Schad an die Spitze unseres Verbandes trat, die alten Verbände an Mitgliederzahl zu überflügeln, das war das hochgepante Ziel unserer Mitkämpfer während der letzten Monate in allen Gauen des Verbandes. Mühselig ist tatsächlich gearbeitet worden auf der ganzen Linie. Und — das Ziel wurde erreicht. Unser Verband zählt heute annähernd 75 000 Mitglieder. Und so großen wir am heutigen Tage unseren Verbandsvorsitzenden als den Führer des größten Handlungsbewegungs-Verbandes der Welt! Treisichte hat recht: Männer machen Geschichte! Der Mann, der die deutsche Handlungsbewegung unserer Tage aufsteht und seinen Namen mit unergänglichen Letztern in die Geschichte unserer Ständebewegung eingegraben hat, heißt Wilhelm Schad. Möge er an jenem Stunde bis in die fernsten Zeiten erhalten bleiben.“

Die Mitgliederziffer der Hirsch-Dunderfchen Gewerkschaften ist im Gegensatz zu der der christlichen Gewerkschaften in der Abnahme begriffen. Der Hirsch-Dunderfche Gewerkschaften der Maschinenbauer und Metallarbeiter allein verlor in den Monaten Juni, Juli und August dieses Jahres 1093 Mitglieder. Seit September unterläßt der Generalrat die Veröffentlichung der Monatsberichte, was nur in der Abnahme des Mitgliederbestandes seine Erklärung findet. Schuld an diesem Rückgang tragen die Hirsch-Dunderfchen Gewerkschaften selbst. Seit Winter 1904 unternahmen sie einen Kampf gegen die christlichen Verbände, wobei sie zu den bedenklichsten Mitteln griffen. Die interkonfessionellen christlichen Berufsverbände wurden in Rede und Schrift als rein katholisch hingestellt oder als „Zentrums-Gewerkschaften“ verdächtigt. Auch an Ausfällen gegen Freunde der christlichen Gewerkschaften in evangelischen Lager schloß sie nicht. Als hauptsächlichster Punkt im Streit gegen die christlichen Verbände gebärdete sich der in Düsseldorf erscheinende Gewerkschaftsboten, Organ des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes der Hirsch-Dunderfchen Gewerkschaften. Zudem hat dieses Blatt wiederholt seltsame Fragen in einer für positiv christlich Gesinnte vergebenden Weise behandelt. Auch der Umstand, daß Mitglieder der Hirsch-Dunderfchen Vereine und Sozialdemokraten gemeinsam gegen die christlich organisierten in öffentlichen Versammlungen auftraten, konnte nur zumungunsten der Hirsch-Dunderfchen wirken. Der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Aachen sowie der Bezirksverband der kathol. Arbeitervereine der Aachener Gegend haben nun zu dieser Sache Stellung genommen und insbesondere wegen der Haltung des Gewerkschaftsboten in religiösen Fragen beschloßen, daß katholische Arbeiter, welche in Hirsch-Dunderfchen Vereinen organisiert sind, künftig in die katholischen Arbeitervereine nicht mehr neu aufgenommen werden dürfen. In den Nummern vom 15. Dezember zeigen sich darüber sowohl der in Berlin erscheinende Hirsch-Dunderfche Regulator, als auch der in Düsseldorf erscheinende Gewerkschaftsboten sehr entrüstet. Sie sprechen von Intoleranz und Gewissenszwang. Jedoch mit Unrecht. Wollen die Hirsch-Dunderfchen Gewerkschaften als „neutrale“ Berufsorganisationen gelten, dann müssen sie sich auch nur mit Berufsfragen beschäftigen. Bekümmern sie sich aber um religiöse Dinge, und zwar in der oben

gekennzeichneten Weise, dann müssen sie die daraus sich ergebenden Konsequenzen in Kauf nehmen. Die christl. Arbeiter haben eben in den interkonfessionellen, wirklich neutralen Berufsverbänden Gelegenheit, mit Nachdruck ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband veröffentlicht eine Erklärung des Vorstandes, in welcher die von Hirsch-Dunderfchen Blättern aufgestellte Behauptung vom Bankrott des Verbandes als unmaßig juristisch gemessen wird. Die Ausübung der Berliner Ausperrung in der Elektroindustrie haben andere Ursachen gehabt. Allerdings sei dem ersten Bevollmächtigten in Berlin vor der Ausperrung mitgeteilt worden, daß der Verband zurzeit sehr stark im Anpruch genommen sei. Der Berliner Kampf habe vom Gesamtverband (Hauptkasse) deshalb nicht unterstützt werden können, weil er aussichtslos gewesen sei und auch eine Nichtachtung der Generalversammlungsbeschlüsse bedeutete. Da die Berliner Verwaltungsstelle jedoch das nötige Geld nicht aufbringen konnte, habe der Vorstand für Aufnahme eines Darlehens Bürgschaft geleistet. Soweit der sachliche Inhalt der Erklärung. Uebrigens stellt sie fest, daß Verbandsfunktionäre gegen die Direktiven des Vorstandes, im Widerspruch mit Generalversammlungsbeschlüssen, solche folgenschwere Kämpfe inszenierten. Dasselbe war der Fall bei der Bewegung im Karlsruhe (Mühlheim-Aheim). Das bedeutet die reine Anarchie und ist eine schwere Gefahr für die Mitglieder. Gegen den Berliner Bevollmächtigten ist inzwischen der Antrag auf Ausschluss gestellt worden. Dann geht aus der Erklärung hervor, daß trotz der Bürgschaftsleistung des Hauptverbandes der Kampf abgebrochen werden mußte. Der Kredit muß mitteln nicht sehr groß gewesen sein. Daß der Verband tatsächlich finanziell aktionsfähig war, haben auch die Kämpfe in Bangen, Arestau, Mühlheim-Aheim, Weibert u. a. bewiesen.

Freie Gewerkschaften ein Glied der Partei. In sozialdemokratischen Mauernverband hat man die Rolle der politischen Neutralität schon früher geklärt. Bekanntlich ist aus seinen Satzungen der Passus entfallen, monach parteipolitische Fragen ausgeschlossen sein sollen. Ebenso bekannt sind auch die Äußerungen Büchelburgs, des Verbandsvorsitzenden, zu dieser Frage. Neuerdings hat der Grundstein, das Organ des Verbandes, wieder ein ungewöhnliches Verständnis abgelegt. In einer Polemik gegen den Vorwärts unter dem schönen Titel: **Der Vorwärts verurteilt**, heißt es:

„Der Vorwärts leistet sich in dem Satze, „der Grundstein setzt die Füge gegen die Partei fort“, eine so starke Beschimpfung gegen uns, wie sie selbst unsere niederträchtigsten Gegner bisher nicht vorgebracht haben. Noch niemals seit dem Bestehen des Grundstein ist es seiner Redaktion oder einem seiner Mitarbeiter eingfallen, gegen die sozialdemokratische Partei zu gehen. Das wäre eine völlige Unmöglichkeit gewesen, da wir uns immer als ein Glied der Partei betrachtet haben. Der Grundstein hat immer seine Kräfte in den Dienst der Partei gestellt und es als seine heiligste Aufgabe empfunden, seine Leser zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen. Und daran arbeiten wir unentwegt weiter, trotz Anfeindungen von links und rechts.“

Bei der **Rheinisch-Westfälischen Zeitung** in Essen, Inhaberin Fräulein Reissmann-Gronne, haben 50 Buchdrucker ihre Kündigung eingereicht. Den Leuten wurden angeblich Schwierigkeiten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemacht. Die sämtlichen Buchdrucker gehören dem deutschen Buchdruckerverband an. — Da die Rheinisch-Westf. Ztg. ein Schachfristorgan allerersten Ranges ist, so klingt die Angabe der Gründe zur Kündigung sehr glaubhaft.

Die Steinbrücker, Lithographen und Blätterarbeiter der Kunstanstalt von Gohlz & Kießling in Leitelshain bei Grimnitzkau haben ihren vor ca. 14 Tagen ausgebrochenen Ausstand dadurch beigelegt, daß sich die Ausständigen mit einer dreiprozentigen (gefordert war eine zehnprozentige) Lohnerhöhung und mit dem Hinweis auf die generelle Regelung durch einen Tarifvertrag über ganz Deutschland zufriedengaben.

Die Firma Wintgens, Eisenblecherei in Guppen hat alle ihre Arbeiter, die fast ohne Ausnahme dem christlichen Metallarbeiterverband angehören, ausgesperrt. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Arbeiter, nachdem ihre Standesangelegenheiten bei den übrigen Firmen den Jehnsfundentag bewilligt erhalten hatten, für sich dieselbe Besserstellung nachsuchten. Als einzige Antwort auf das

Ersuchen stellte der Arbeitgeber das Verlangen an die Arbeiter, aus ihrem Verbands auszutreten. Natürlich lehnten die Arbeiter dieses Ansinnen ab und daraufhin erfolgte die Aussperrung.

Ein sonderbarer Arbeitgeber ist der Reisekofferfabrikant Franz in Mailand. Seit etwa einem Monat freiten alle seine Arbeiter wegen Maßregelung von drei Kollegen. Jetzt hat Franz erklärt, seine Arbeiter nur unter folgenden Bedingungen wieder einstellen zu wollen: 1. Die Arbeiter verpflichten sich, eine Geldsumme in der Höhe von 14 Tagen Lohn beim Unternehmer zu deponieren. 2. Sie nehmen jede Arbeitsordnung des Besitzers an. 3. Sie können ohne Einhaltung der gesetzlichen 14-tägigen Kündigungsfrist entlassen werden. 4. Sie dürfen keinem Verband angehören. 5. Im Streitfall verlieren sie ihr Depot. 6. Keine Zeitung darf sich mit internen Angelegenheiten der Fabrik beschäftigen, dies hat, auch wenn die Arbeiter nicht dafür verantwortlich sind, Entlassung des Personals zur Folge! — Werger kann ein Arbeitgeber seine Arbeiter wohl kaum verhehnen.

Herr Theissing ein Freund und Lehrer christl. Gewerkschaftler.

Unser Organ brachte am 23. Dezbr. eine Unterredung unseres Stell. Schwarz mit Herrn Theissing, Verleger des „Rheinischen Merkur“, ein Zentrumsblatt in Köln. Diesen Artikel hat die sozialdem. „Rheinische Ztg.“ abgedruckt und daran, wie üblich, ihre Bemerkungen gemacht. Darüber erobert, verucht Herr Theissing in einem zwei Spalten langen Artikel sich tadellos hinguellen und wie er schreibt, schonungslos die ganze Wahrheit aufzudecken.

Schon der Anfang des Artikels läßt erkennen, welche guten Freund wir an Herrn Theissing haben. Der Umstand, daß wir es verümt hatten, ihm eine Nummer unserer Ztg. zuzuschicken, muß erhalten, und der Unverständigkeit zu zeigen. Nun haben wir aber bis heute, den 18. Januar, keine Num. des am 5. Jan. im Rhein. Merkur erschienenen Artikels zugunsten erhalten.

Freilich wird Herr Theissing sagen, ja der Rhein. Merkur ist ein Tagesblatt, welches man sich leicht verschaffen kann.

Dennoch hat es uns einige Mühe gekostet, die Nr. des Rh. Merkur in Ehrenfeld aufzutreiben. Diese kleine Unterlassungsfindung wäre also, wenigstens einigermaßen, durch Gegenfeitigkeit geküht.

Nun drückt Herr Theissing sein Bedauern darüber aus, daß durch Veröffentlichung dieser Angelegenheit weitere Kreise befaßt werden, die an sich privater Natur sei. Umverstanden, Herr Theissing. Und wir werden gleich weiter sehen, wie sich nach unserer Meinung die Sache ganz nett und schön zur beiderseitigen Zufriedenheit hätte abwickeln können, wenn, ja wenn „man sich durch die Gebote des Anstandes“ hätte veranlaßt gefühlt, etwas andere Töne anzuschlagen. Sie sind doch ein Freund christl. Gewerkschaftler.

Ein Kol. beschränkte sich bei uns, daß sie Samstag wiederholt auf den Lohn warten müßten. Weil uns diese Beschwerden von andern Kollegen befaßt wurde, schrieben wir an Herrn Th. und daten um Abhilfe.

Darauf erhielten wir folgenden Brief:

Köln, den 13. Oktober 1905. An den Centralvorstand des graph. Gewerbes, Herrn Hilten-Ehrenfeld. Im Verh. Ihres Schreibens vom 3. d. M. muß ich meiner Verwunderung den Ausdruck geben, daß Sie mir den Vorwurf machen, daß in meinem Betriebe der Mißstand herrsche, daß die Geübten der Buchbinderei stundenlang auf ihren Lohn warten müßten. In meinem Betriebe wird der Lohn Samstags abends 8½ pünktlich bezahlt. Ich brauche deshalb keinen Wandel zu schaffen, wie Sie zu schreiben belieben. Ich erlaube Sie aber hierdurch, mir den Verzeuber gefälligst namhaft machen zu wollen. Achtungsvooll H. Theissing.

Hätten Sie auf meinen Brief nicht direkt so abweisend geantwortet, etwa wie folgt:

„Der beregte Mißstand besteht meines Wissens in meinem Betriebe nicht. Dennoch werde ich die Sache untersuchen und sollten sich Ihre Angaben als richtig erweisen, für Abhilfe sorgen.“

Würden Sie sich dadurch etwas vergeben haben? Wir glauben nicht. Uns hätten Sie aber dadurch Gelegenheit gegeben, Sie immer gegen Angriffe auf Ihre

trat. Man braucht jedoch die teilweise zu reinen Machtkämpfen werden zwischen den immer noch mehr auf ihren Ausbau bedachten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen nicht endgültig als Ibel zu betrachten, wenn aus ihnen zuletzt die Einsicht hervorsteht, daß Vertragen doch besser ist, als sich Schlägen, daß die tiefgehenden Schwädigungen, welche die Arbeitseinstellungen beiden Parteien in jedem Falle verursachen, den Gewerben zu ersparen, ein Ziel ist, dessen Erreichung große Opfer lohnt. Das Ziel wird um so eher erreicht werden, je stärker die gegenseitigen Organisationen sind und sie sich nicht lediglich fürchten, als vielmehr adren lernen, und zu den Mitteln, ihm nahe zu kommen, zählen, wie soeben auch der Jahresbericht der Berliner Handelskammer hervorsteht, die Tarifverträge.

Geht schon aus diesem Urteil, sowie auch aus den letzten Erörterungen der Arbeitgeberzeitung hervor, daß auch im Unternehmertum die Erkenntnis von dem Nutzen der Tarifverträge, des Verbandes mit den Arbeitgeberorganisationen als Vorbildung zu einem Abschluß der letzteren zunimmt, so bezeichnen gerade die Tarifverträge als eine ihrer Endbestrebungen die christlich-nationalen Arbeitervereine. Sie haben im abgelaufenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht, ein Teil derselben, die Maurer, die Transport- und Hilfsarbeiter, v. D. haben sogar ihre Mitgliederzahl verdoppelt, die Berg-, Holz-, Textil-, Metall- und Tabakarbeiter sind weiter schon in Vormarsch. Jetzt gilt es in dem vor uns stehenden Jahre ihre Position zu stärken! Einmal durch Förderung des Wachstums, vor allem aber durch Eingliederung der

Mitglieder in gewerkschaftliche Disziplin, politische und volkswirtschaftliche Schulung derselben. Gerade unter dem Einflusse der letzteren werden sich die christlichen Gewerkschaften am ehesten von dem Stabilitätismus, dessen Schädlichkeit die freien Gewerkschaften nach ihrem eigenen Urteil ja lebhaft empfindlich haben fühlen müssen, fernhalten und das saum cuique auch im gewerkschaftlichen Leben üben lernen. Damit wird am leichtesten die Brücke geschlagen zu den Klassen der Verbitterung, die aus völlig unbedingten Vorurteilen den christlichen Berufsvereinen Mißtrauen entgegenbringen, das die so dringend notwendige soziale Friedensbewegung erschwert. Unter einem dominierenden Einflusse der christlichen Gewerkschaften könnten die freien Gewerkschaften auch zu einer Abkehr von der Klassenkämpferischen Taktik der Sozialdemokratie gezwungen, ihre Mitglieder zu einer reinen Politik gewerkschaftlicher Disziplin zurückgebrannt werden. Eine soziale Friedenssaktion kann der Staat beschleunigen, indem er vor allem den noch einander miderfeindenden Parteien in Arbeitskammern eine Stätte bietet, wo sie sich gegenseitig kennen und verstehen lernen und den Berufsvereinen durch eine gesetzliche Regelung ihrer Rechtsverhältnisse einen Garantieboden für Tarifverträge verschafft.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß heute vornehmlich im Arbeiterstande die Selbsthilfe als ein Mittel sozialreformerischer Tätigkeit fast eine höhere Bewertung findet, als die Staatshilfe. Doch erklärt sich diese schon leicht aus den Verhältnissen. Solange die Berufsorganisation noch kaum vorhanden, oder doch nur schwach war, die soziale Reform jedoch nicht weniger dringend,

war es ziemlich naturgemäß, daß Vater Staat sich seiner Schöne annahm (? d. H.). Seitdem jedoch die das soziale und wirtschaftliche Leben vielmehr durchdringende Selbsthilfe vornehmlich durch die Berufsvereine der Arbeiter diesen fühlbare soziale Reformen gebracht hat, erscheint diese als ein fast wichtiger Faktor der sozialen Reform, obwohl sie oft beträchtliche finanzielle und persönliche Opfer erfordert. Wir erblicken hierin ein besonders gesundes Zeichen für ein wachsendes wirtschaftliches Verständnis der Arbeiterschaft. Mit der Föderung der Selbsthilfe wächst aber auch ihre Verantwortlichkeit, die ihnen besonders das Mittel der Berufsvereine gegenüber den Interessens der Allgemeinheit auferlegt. Nichtig angewandt, d. h. vorläufig vor allem auf Tarifverträge hinarbeitend, wirkt es sozial vornehmend, ungeheuer Klassenübergend und allgemein schädlich. Den bisher korrektesten Gebrauch sehen wir bei den christlichen Gewerkschaften.

Wir geben und gewiß nicht der Hoffnung hin, durch Förderung der christlichen Berufsvereine und Anschaffung von Tarifverträgen nun von heute auf morgen den sozialen Frieden bringen zu wollen. Vielmehr bedarf es dazu noch hartnäckigerer Kämpfe, als wir sie bisher erlebt haben. Unsere schlimmsten Feinde sind auf diesem Wege Klassenkampf und Herrenstandpunkt. Je mehr diese nun aufgeben ihrer Position gezwungen werden, um so mehr kommen wir zu unserem sozialen Friedensziele. Und ersteres wird uns gelingen! Dann werden wir aber auch im bevorstehenden Jahre nicht vergebens gearbeitet haben.

Freundschaft für christliche Gewerkschaftler zu verteidigen. Und diese Angriffe sind häufig, Herr Th. Sie werden in Köln und Umgebung wenig Freunde unter den christl. Gewerkschaftlern finden. Wie angenehm für uns, dann Ihr Lob hören zu können: Nein, Herr Th. ist besser wie sein Ruf. Er ist uns sehr nett und ausständig entgegenkommend. Aber so...

Wir bedauern aufrichtig, Herr Theissing. Zudem geben Sie ja selbst zu, daß dieser Unwohlstand in Ihrem Geschäft länger Zeit geherrscht hat. Mühte es denn da nicht möglich gewesen sein, daß sich derselbe wieder eingebürgert hätte?

Aber alles haben Sie dennoch nicht veröffentlicht. Nachdem 8 Tage der Kündigung des Koll. Pieper un waren, ging er zu Herrn Theissing und bat ihn, ob er nicht anstreben könne, da er Montags eine neue Stelle antreten könne. Da kam er aber schon an. Nein, das gibt's nicht, du bleibst hier, bis deine Zeit um ist. Ob nun der Kollege nach der Kündigung streifenlos war, gemierte den Herrn Th. nicht.

Und bei dem Austritt Piepers haben Sie auch gesagt, ob es denn so schlimm sei, wenn er mal auf seinen Lohn warten müßte?

Das sieht denn doch nicht nach sehr großer Mühseligkeit aus. Wenn Sie ein kleiner Meister wären, nun, da könnte man ja mal ein Auge zudrücken. Aber bei Ihnen, der im Geruche steht, ein Millionär zu sein, braucht man solche Sachen nicht zu bedenken.

Wir wiederholen: Das späte Auszahlen ist vorgekommen, früher fast regelmäßig. Um 7 Uhr strecken sich die Gehilfen eine Zigarre an und gingen auf dem Hauptmarkt spazieren, bis ein Junge kam und rief: Das Geld ist da!

Auch bis zu unserem Vorgehen ist es vorgekommen. Heute wird pünktlich ausgezahlt und dessen freuen sich die leider unorganisierten Kollegen dort. Und wir freuen uns auch darüber. Würden die Kollegen dort sehen, daß es doch etwas müht, wenn man organisiert ist. Aber bei dem Material, das dort steht, so, die seit der Schule in der Atmosphäre der Offizin des Herrn Theissing geatmet haben, ist wenig Hoffnung auf Besserung.

Herr Theissing will die Ausdrücke Lump usw. nur bedingungsweise gebraucht haben, er stützt sich darauf, daß wie er bei der Unterredung auch bemerkte, diesbezügliche unter Augen stattfand. Dieser Verstoß gegen die bestimmten Aussagen der Koll. Pieper und Schwarz entgegen und werden voll aufrecht erhalten.

Dem Verlangen unseres Koll. Schwarz, Koll. Pieper rufen zu lassen, hätte er unserer Erachtens ruhig stattgeben können, nicht als Richter verknagte Koll. Schwarz diese Gegenüberstellung, sondern nur zur Klärung der Angelegenheit. So besteht die Annahme, daß Sie bestückten, Koll. Pieper würde auch Ihnen gegenüber seine Beschwerde aufrecht erhalten. Und damit haben Sie recht, Herr Theissing.

In dem Artikel heißt es weiter: Dann beschuldigte mich der Arbeiterf. Schwarz, daß ich den Pieper entlassen hätte, weil er Mitglied der Gewerkschaft sei. Darauf erwiderte er die Antwort: Sie haben wohl die Absicht, den Pieper zum Gewerkschaftsmäntler zu stemeln? Entlassen habe ich ihn nicht, aber ich werde ihm heute abend kündigen lassen, nicht weil er in der Gewerkschaft ist, dagegen habe ich nichts einzuwenden (?), sondern weil ich solche Leute, die die Wahrheit nicht reden und mich hinter meinem Rücken verleumden, nicht im Hause haben mag. Ihre Gewerkschaft ist eine neue Gesellschaft! Erst schreibt Ihr Vorhänger einen Brief mit schweren Anklagen und anschließend sich nicht einmal, wenn ihn antwortet ist, daß die Beschuldigungen unwahr sind. Dann vertritt sich der Gehilfe Pieper als der Verleumder. Jetzt kommen Sie, fordern von mir Zeugnisse für angebliche Verleumdungen und erheben allerhand Beschuldigungen. Sie werden in ihrer Gewerkschaft noch viele Freude erleben können, wenn Sie jedem jungen Purchen, der Ihnen etwas aufbindet, Glauben schenken. Die Arbeiter sind nicht alle Engel, es gibt auch manche unzer ihnen, die nicht sind, wie sie sein sollen. In meinem Hause besteht ein gutes Verhältnis zwischen mir und den Leuten, von den ca. 80 dort tätigen sind über 60 daselbst beschäftigt, seit sie die Elementarschule verlassen haben, das ist wohl ein Beweis, daß ich das Vertrauen der Leute besitze, wie ich auch ihnen mein Vertrauen schenke.

Sie wollen nichts gegen die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft haben. Aber wenn ein Mitglied sich bei seiner Gewerkschaft über Sie beschwert, was doch kein Recht und seine Pflicht ist, fliegt er heraus. Uns ist ein junger Mann lieber, der den Mut hat, Unwohlstände zu rügen und dagegen anzugehen, als alte Leute, die jahrelang Unwohlstände erdulden und trotzdem für Ihre „Vertrauen“ besorgen, es nicht wagen, dagegen anzugehen und es auch nicht wagen, sich zu organisieren. Freilich, die neueste Erfahrung wird die Arbeiter wohl nicht mutiger machen.

Der Obd., der für den Schreiber dieses da absfällt, liest nicht, Herr Theissing. Ich habe Ihnen schon einen Grund dafür geschrieben, daß ich Ihnen keine Antwort geschrieben habe. Aber wir können auch hier wieder Gegenseitigkeit annehmen. Es mögen 1/2 Jahre her sein, da richtete ich an Herrn Theissing ein Schreiben, wie er sich zur Einführung des Buchbindertarifs stellen usw. Habe bis heute keine Antwort erhalten. Ist das anständig, Herr Theissing?

Daß die Arbeiter nicht alle Engel sind, glauben wir auch nicht, wir haben überhaupt noch keinen Engel darunter getroffen. Aber die Prinzipale? Welche die Sie, Herr Theissing? Zum Schluß behauptet Herr Th.: 1. „In meiner Buchbinderei sind keine Lehrlinge beschäftigt.“ Wagt sei Dank, wenigstens ein Trost. Dann sind es eben Arbeitsjungen. 2. „Daß Herr Sekretär Schwarz dem Generalsekretariat sein Wort gesprochen hat und ich „den schönen Julius Bocham“ während der ganzen Verhandlung mit keinem Wort erwähnt habe. Herr Schwarz scheint den Ausdruck in der Rhein. Bzg. gelesen zu haben, die ihn häufig ge-

braucht hat.“ Herr Sekr. Schwarz ist erst seit einigen Monaten von Süddeutschland nach hier verzogen und kannte die Kölner Verhältnisse nicht. Als er von der sehr laudabaren Unterredung mit diesem christl. Arbeitgeber noch ganz konstant zu mir kam, frag er mich, „was wolle er denn eigentlich mit seinem „schönen Julius Bocham“. Daraufhin habe ich ihn dann aufgeklärt. Aus der Rhein. Zeitung kann Koll. Schwarz den Ausdruck nicht haben, weil er dieselbe bis dato nicht gelesen hat.

Der Artikel trägt die Überschrift: „Christliche Gewerkschaftler, wie sie nicht sein sollen“.

Nachdem nun Herr Theissing nun geschildert hat, wie er sie sich nicht wünscht, wäre es uns sehr interessant, zu hören, wie er sich die christl. Gewerkschaftler wünscht. Etwa Augsburgischer Arbeitsmilitie mit der Devise:

„Ich hab mich ergeben“ oder „Freund, ich bin zufrieden, geh es, wie es will“.

Das wäre so was. Da liege Herr Theissing sich schließlich noch als Aufsichtsrat wählen.

Warum wir diese Sache so ausführlich behandelt haben? Um einmal der größten Öffentlichkeit zu zeigen, wie Firmen, die sich den Anschein geben, der christl.-nat. Arbeiterbewegung freundlich gegenüberzustehen, sofort ein anderes Gesicht aufsetzen, wenn es gilt diese Freundschaft durch die Tat zu beweisen, wenn man es wagt, das Recht in Anspruch zu nehmen, auch in ihre Arbeitsverhältnisse hineinzuweichen. Da hört alle Freundschaft auf. Sogar man nicht auskommen lassen. Da muß man möglichst grob dreinreden, um ihnen das Wiederkommen zu verheizen. Wir aber sagen, an solche Freundschaft pfeifen wir, entweder ganz oder gar nicht. In der Zeitung dafür schreiben, aber in eigenen Hause alles unterdrücken was sich nur erübrigt, ein tristes Wort zu sprechen, dafür fehlt uns der parlamentarische Ausdruck.

Und hierin Wandel zu schaffen kann nur geschehen, wenn die Öffentlichkeit erfährt, wie Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge sind bei gewissen Herren. Leider steht uns hier in Köln kein Kollege zur Verfügung, um diese lokalen Schmerzen austragen zu können. Es soll ja auch mit ein Nebenverdienst des Hr. Theissing sein, daß alle Verleumdungen der Gewerkschaftler eingeleitet sind. Deshalb müßen die erstehenden Kollegen entschuldigen, wenn wir den Raum der Zeitung etwas über Gebühr in Anspruch nehmen.

Zum Schluß sprechen wir noch unser Bedauern darüber aus, daß die Firma Theissing von Seiten des christlichen Holzarbeiterverbandes sowohl, als auch vom Generalsekretariat mit bedeutenden Trudaufträgen beehrt wird. Wir sind der Meinung, daß Arbeitergroßen doch zu schade dafür sind, um solche Firmen zu unterstützen. Will man kollegialisch und gewerkschaftlich richtig handeln, so gebe man diese Aufträge an Firmen, deren Personal organisiert ist, und wo wir auch mal einen gemagregelten Kollegen unterbringen können.

Der Zentralvorstand
J. U. J. Hüllen.

Aus den Zahlstellen.

Darmen. Am 6. Januar hielten wir die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre ab. Gemäß einem Wunsche des Zentral-Vorstandes wurde beschloffen, statt wie bisher 80% für die Zukunft 85% der Gesamtannahme an die Zentralkasse abzugeben und soll der dadurch entstehende Ausfall für die Crisistaxe durch Aufstellung einer Sammelbüchse nach Möglichkeit ausgeglichen werden. Dieser Beschluß hätte schon früher herbeigeführt werden sollen. Die Veränderung ist dadurch entstanden, daß wir verschiedene male unsere Versammlung in Ebersfeld abhielten, wo es sich hauptsächlich um die Gründung einer Ebersfelder Zahlstelle handelte. — Bei der durch unser Vorstandsorgan angeregte Diskussion über Anschluß an die Ebersfelder Krankengeldzusuchstasse zeigte sich, daß gegen den Anschluß nur wenige Mitglieder waren, während die Mehrzahl derselben nicht unsympathisch gegenübersteht. Sodann wurde noch angeregt, unsere Gewerkschaftsblätter zur jedertägigen Einsicht der Kollegen im Vereinslokal aufzulegen. Es soll versucht werden, das Kartell hierzu zu organisieren, damit die Blätter aller vertretenen Berufsgruppen dort zu finden sind. — Unsere General-Versammlung soll am Samstag, den 8. Februar stattfinden und bitten wir unsere Mitglieder um pünktliches und vollständiges Erscheinen.

Waldkirch. Glaube man von seiten des Verbandes es wäre Ruhe und Frieden hier in Buchbindergewerbe speziell in einem Betriebe eingetreten, so ist dies aber nicht der Fall. Obgleich man uns als Oeger hinzustellen versucht, müssen wir konstatieren, daß auch andere Betriebe nicht weit davon entfernt sind, wenn es heißt den Arbeiter zu beinhalten. Das weitere wird nun auch das Rockommis in der Weihnachtswoche darstellen. Durch Anschlag am schwarzen Brett machte die Firma Rabe folgendes bekannt: „In der letzten No. besitzt das bekannte Blättchen die Frechheit mich an Versprechungen zu erinnern, die nicht erfüllt seien. Ich habe durch Anschlag konstatiert, daß alles erfüllt war. usw. Es ist uns unerträglich, daß die Erfüllung der Wünsche vollzogen sein sollten ohne das es die dortigen Arbeiter wissen. Wenn Herr R. dazu schon überlegt, einem Arbeiter eine „Grafifikation von 80 Mk.“ zu versprechen und ihm die Auslagen für die Gewerkschaft an Beiträgen und Versammlungen mit 50 Mk. vorzutragen, so wird wohl jeder rechtlich denkende Arbeiter wissen, was er von solchen Herren zu halten hat. Wenn Herr R. in seiner Berichtsgang von Verbands-elementen spricht so haben die sicher so gut, wie Herr R. das Wohl seiner Arbeiter, das Wohl ihrer Mit Kollegen im Auge. Sie werden nach wie vor arbeiten zur Erlangung ihrer Gleichberechtigung, die ihnen als notwendiger Faktor im Produktionsprozeß zu steht, daran hindert auch der freie Ausdruck des Herrn R. „Verbands-elemente“ nicht. Es scheint aber, Herr R. sucht die Tatsachen durch allerlei Manöver zu vertuschen. An unsere Kollegen geht aber die bringende Mahnung sich nicht beeinflussen, aber

sich ihre Rechte abkaufen zu lassen. Gerade durch das Wüten der „Herren“ gegen die Organisation muß es den Kollegen klar werden, wie wichtig und notwendig dieselbe ist. Die „Herren“ wissen ganz genau, daß Sie nichts mehr zu fürchten haben als die Einigkeit unter den Koll. Ist die Einigkeit gestört, dann aber mit allen Versprechungen. Darum Kollegen, hoch die Einigkeit. Nur sie gibt uns die Gewähr es dahin zu bringen auch etwas mitzusprechen bei allen Fragen die uns doch sehr, sehr nahe angehen. Nicht „hörige“ wollen wir sein, abhängig von der Willkür der „Herren“ sondern moderne Arbeiter die wissen, daß sie ihre Pflichten erfüllen müssen aber auch dafür verlangen ihre Rechte respektiert zu sehen.

Köln. Unsere Zahlstelle richtete an den Verein Rhein. weiff. Buchdrucker-Vereiner eine Eingabe, ihrem Personale eine Teuerungszulage zu gemähren. Es erfolgte aber ein ablehnender Bescheid, weil eine bedeutende Steigerung der Lebensmittel nicht nachgewiesen sei. Wertwirdig! Das Stadtverordneten-Kollegium in Köln bewilligte auf Antrag der Zentralkommission, allen Unterbeamten eine einmalige Zulage. Die Graphiker scheinen also billiger einzukaufen zu können, wie obige Beamten.

Mitteilungen des Zentralvorstandes.

Wir bitten nochmals um umgehende Angaben der angeblühlichen Mitgliederzahl und der Zahl der Zeitungen, die unbedingt erforderlich sind.

Sollten in einer Zahlstelle überflüssige Nummern unserer Zeitung noch vorhanden sein, so bitten wir uns dieselben gefälligst zuzulefen zu wollen. Besonders die letzten Nummern sind vollständig vergriffen.

Die Kassierer werden gebeten ihre Quartalsabrechnungen möglichst korrekt und zur festgesetzten Zeit fertigzustellen.

Aus denjenigen Zahlstellen wo Lohnbewegungen stattgefunden haben, erbiten wir uns Angaben über die Zahl der beteiligten Kollegen, der Dauer der Arbeitslosigkeit, ob ein voller oder teilweiser Erfolg zu verzeichnen ist. Sodann muß auch angegeben werden wie groß der Erfolg ist, also wie viel Zulage die einzelnen Kollegen errungen haben, aber welche Zeitorberlegung stattgefunden hat.

Alle diese Angaben möge man umgehend machen, damit und unumtöge Schreibern und Porto erspart bleiben. Der Jahresbericht wird nach Erhalt dieser Angaben in nächster Nummer erfolgen.

Vorliegende Mitteilungen der vorigen Nummer schon veröffentlicht, sind bis jetzt sehr ungenügend entsprechend worden. Muß man denn jedesmal 3-4 Mal drängen, ehe die Kollegen sich bewegen fühlen, die obigen Angaben zu machen. Viel wird ja nicht verlangt, aber etwas Mühsalig auf unsere Arbeitskraft und Zeit dürfen wir denn doch beanspruchen.

Versammlungs-Kalender.

- Baderborn. Versammlungen finden alle 14 Tage im Restaurant „Domshenk“ kleiner Domplatz statt. Nächste Versammlung am 24. Januar.
- Vahr. Samstag, 27. Jan., abends 9 Uhr, gemischte Versammlung der christl. Gewerkschaften v. Lage 1. Gafhaus zum „Gröhen Schoppen“, Weisbachstr. 1.
- Türen. Samstag, den 27. Jan., nachmittags 5 Uhr, Mitgliedervert.
- Essen. (Nur) Am 3. Februar Versammlung im Alfredshaus, abends 8 1/2 Uhr. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.
- Köln. Samstag, den 27. Jan., abends 9 Uhr Versammlung „Im Dreieck“, Streitengasse Ecke Krebsgasse.
- Waldkirch. Samstag, den 27. Jan., abends 8 1/2 Uhr Mitglieder zum „Möhren“, Nebennummer.
- Dorn. Samstag, den 27. Jan., abends 9 Uhr Versammlung im Vereinshaus, Hofstr.
- Ebersfeld. Samstag, den 17. Februar Versammlung im Lokal Ehr. Jäger, Große Klostergasse.
- Darmen. Samstag, den 8. Februar, 8 Uhr abends, Generalversammlung bei Herrn Martin, Parlamentstr. 28. Jan., vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokal 6. Herrn Pfeiler, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Wahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes.

billiger schneller

als durch die Fachzeitsungen, weil vollständig kostenfrei!

weil ja die Fachzeitsungen nur aller 2-14 Tage erscheinen.

O. Th. Winckler, Leipzig
Seeburgstr. 47. Papier-u. Lederwaren, Buchbindereibetrieb. Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu den günstigsten Bedingungen

Verantwortlich: Jos. Hüllen, Köln-Chrensfeld.
Druck Köln-Chrensfelder Handelsdrucker.